

Spanien

ESTHER BARBÉ

Die in Spanien angesehene Zeitung 'El País' hat das Jahr 1994 als „ein Jahr zum Vergessen“¹ beschrieben. Seit Januar 1994, dem Zeitpunkt, zu dem ein Generalstreik ausgerufen wurde und bis in die ersten Monate 1995 hinein, hat das Land eine politische und soziale Krise durchlebt. Und in der Tat, alle Bereiche, das heißt die Gewerkschaften, die politischen Parteien, die höchsten Stellen in Verwaltung, Banken, die von den Skandalen betroffen wurden, haben eine Vertrauenskrise im System herausgefordert. Korruption ist 1994 das Modewort in Spanien geworden.

1994 – ein 'schreckliches Jahr'

In diesem Jahr mußte die spanische Gesellschaft zusehen, wie höchste Amtsinhaber (z. B. Luis Roldán, ehemaliger Direktor der Guardia Civil, und Mariano Rubio, ehemaliger Statthalter der 'Banco de España') sowie führende Unternehmer und Bankiers (z. B. Mario Conde, Javier de la Rosa) und auch Gewerkschafts- und Parteiführer in Haft genommen wurden. Zu den Wirtschaftsdelikten hat sich der Verdacht einer Beteiligung der Regierung an dem Krieg gegen die ETA gesellt, der sich in dem Antiterrorismus der GAL manifestierte, der etwa 30 Opfer gekostet hat. Aus diesem Grund und nach richterlichem Beschluß wurden auch die Verantwortlichen im Innenministerium in Haft genommen. Das alles hat in Spanien zu Aktivitäten von bisher nicht gekanntem Ausmaß geführt. Die Verhaftungswelle legte die unter der sozialistischen Regierung vorherrschende Kultur der 'leichten Bereicherung' bloß. Dokumentiert wurde dies u. a. durch die Einrichtung von Untersuchungsausschüssen. In Verbindung mit den Korruptionsskandalen haben die unzähligen Rücktritte die spanische Gesellschaft erschüttert. Die Verantwortungslosigkeit während der sozialistischen Regierung hat der Opposition Anlaß gegeben, geführt durch den Partido Popular und unterstützt von Izquierda Unida, eine kontinuierliche Kampagne zu initiieren, in welcher der Rücktritt von Felipe González als Hauptverantwortlichem gefordert wurde. Die Probleme des spanischen Sozialismus sind offensichtlich: Rückschläge bei den Wahlen zu den europäischen², andalusischen und baskischen Volksversammlungen im Jahr 1994, interne Differenzen in der Partei, die nur durch Felipe González zusammengehalten wird und schlechte Wahlperspektiven u. a. in bezug auf die Kommunalwahlen im Mai 1995. Das Überleben der Regierung González in den letzten Monaten ist Resultat einer stetigen Spannung zwischen der Forderung

des Führers der Partido Popular, José Maria Aznar, nach einer vorgezogenen Wahl und der heiklen parlamentarischen Unterstützung für González durch die baskische und katalanische Gruppe³ im Parlament, insbesondere durch den katalanischen Präsidenten Jordi Pujol.

Die Herausforderung der Erweiterung: Europapolitik in der Defensive

Die mangelnde Stabilität der spanischen Regierung erklärt in hohem Maße ihr Verhalten im Laufe des letzten Jahres auf der europäischen Bühne. Das europäische Engagement von Felipe González war von geringem Profil. Offenkundig geworden ist dies während der Gipfel-Konferenz der Staats- und Regierungschefs auf Korfu, bei welchem der Ministerpräsident zum Beispiel nicht am traditionellen Treffen der Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) teilnahm. Darüber hinaus wurden alle außergewöhnlichen Initiativen der spanischen Regierung in bezug auf die Erweiterung der Union auf 16 Mitgliedstaaten durch nationale Ansprüche belastet. Die stetige Hetze der Opposition in Sachen Europa, im Gegensatz zu ihrer Einwilligung in früheren Zeiten, hat das Verhalten der spanischen Regierung bei den Verhandlungen verhärtet. Gemessen an nationalen Maßstäben ist jeder geschäftliche Mißerfolg im Ausland, wie zum Beispiel der Fischereikonflikt mit Kanada, durch die politische Opposition und die Medien in der spanischen Öffentlichkeit als das Resultat der Schwäche der Regierung González interpretiert worden. Auf diese Weise wird das europäische und internationale Verhalten Spaniens durch die internen politischen Vorgänge bestimmt. Wenn man alle Umfragen beachtet, die sich mit dem 'Hauptthema' des Jahres befassen, nämlich mit der Erweiterung der Europäischen Union, stellt man fest, daß in Spanien dieses Thema wenig Interesse geweckt hat. Dieser allgemeinen Interessenlosigkeit der Bevölkerung entspricht jedoch nicht das Verhalten der Regierung, die eine in allen Einzelheiten formulierte Position vertritt. Dabei machte sie ihre Zustimmung zur Erweiterung von zwei Forderungen abhängig:

- die Niederlage Spaniens in der Frage der Erweiterung hat die Regierung dazu bewogen, im Rahmen einer erfolgreichen institutionellen Reform einer Revision der Logik bei der Differenzierung in 'kleine' und 'große' Länder innerhalb des Rates zuzustimmen,
- Spanien wird die notwendigen Verhandlungen über die Erweiterung der Union durch die EFTA-Länder für seine Interessen nutzen, um die Bedingungen für eine gemeinschaftliche Fischereipolitik neu festzulegen.

Beide Ziele geben ein neues Bild von Spanien ab, da die spanische Politik das Land vor dem Hintergrund der genannten Forderungen in einen Verbündeten Großbritanniens verwandelt. Hinzu kommt, daß Spanien die Verteidigung von konkreten Interessen (z. B. im Fischereisektor), gegen die allgemeine Vorstellung von der Nützlichkeit der Union abwägt. Spanien fürchtet um seine Position im Kern der Union. Anders formuliert, ruht diese Angst auf der Schwierigkeit Spa-

niens, sein solidarisches Europakonzept und seine eigenen Interessen, zum Beispiel in der mediterranen Landwirtschaft, miteinander zu verbinden.

Ioannina und Essen: Kompromisse zur letzten Stunde

Das Ioannina-Abkommen über die Sperrminorität im Rat, beschlossen am 27. März 1994 durch die Außenminister der Union, befriedigte die Spanier, denn sie hatten zusammen mit den Briten versucht, die Sperrminorität von 23 Stimmen bei insgesamt 73 in einem Europa der 12 beizubehalten, entgegen der neuen Logik in einem Europa der 16, die 27 Stimmen von insgesamt 90 vorsahen. Das Abkommen fügt eine bindende politische Erklärung zu den Beitrittsverträgen hinzu und garantiert damit den Konsens, sobald die Länder, die eine bestimmte Entscheidung sperren wollen, zwischen 23 und 26 Stimmen aufweisen. Das Abkommen soll bis zur Regierungskonferenz 1996 Gültigkeit besitzen. Unter institutionellen Gesichtspunkten hat sich Spanien von dem traditionellen europäischen Block (Benelux) separiert, mit dem die spanische Regierung sich bisher gerne identifiziert hatte. Ebenso hat sich das Land von seinem im gemeinschaftlichen Rahmen am engsten verbundenen Alliierten, Frankreich, getrennt. In diesem Sinne hat Carlos Westendorp, der Staatssekretär der EU, versichert: „Das Zusammentreffen dieser beiden 'zufälligen' Entwicklungen hat die Franzosen schon beunruhigt. Aber ich glaube, daß noch andere 'Zufälle' folgen könnten. Man sollte sich nicht unbedingt nur auf einen einzigen Verbündeten beschränken“⁴. Diese Behauptung offenbart ein Spanien, das sich im Rahmen des Erweiterungsprozesses der Union unabhängiger als bislang verhält, wobei die nationalen Interessen mit einer größeren Schlagkraft geäußert werden. Dieses Verhalten wurde von allen spanischen Parteien geteilt, was sich darin äußerte, daß die spanischen Unterhändler in bezug auf das Thema der Sperrminorität die Unterstützung aller Gruppen im Parlament erhielten.

Das zweite Thema, das auf der spanischen Tagesordnung stand, wirkte sich auf die Verhandlungen mit Norwegen aus. Hier machte Spanien zwei Forderungen geltend: höhere Fischfangquoten auf dem arktischen Gebiet, einschließlich Norwegens, und ab 1996 die vollständige Integration von Spanien und Portugal in der Fischereipolitik der Gemeinschaft. Ergebnis war ein vielschichtiges Abkommen, das in bezug auf die neue Verteilung von Zonen und Quoten mehrere Länder betraf, und durch das die spanischen Forderungen nicht ganz befriedigt wurden. Das Abkommen, von den Außenministern am 15. März 1994 in Brüssel erzielt, ermöglichte die Unterzeichnung des Vertrages für den Beitritt von Norwegen. Am 28. November sprachen sich die Norweger jedoch gegen einen EU-Beitritt aus.

Das Gipfeltreffen in Essen wurde zum Schauplatz für die extremen Positionen der spanischen Seite. Dies führte dazu, daß Spanien ein schlechtes Image erhielt, da ihm von seiten der anderen Mitgliedstaaten Erpressung aufgrund der Verknüpfung zwischen der Ratifizierung der Erweiterung und der völligen Aufnah-

me in die gemeinschaftliche Fischereipolitik vorgeworfen wurde⁵. Die spanische Haltung, die von Jacques Delors und Helmut Kohl in Essen gerechtfertigt wurde, konnte jedoch letztendlich die Unterstützung der Staatsoberhäupter und Regierungschefs erlangen.

Die Peseta entfernt sich weiter von der EU

In bezug auf die wirtschaftliche Konvergenz zeigen die Zahlen für das Jahr 1994, verglichen mit dem Jahr davor, einen klaren Rückschritt. Spanien hat sich neben Griechenland, Italien und Portugal in der Ländergruppe etabliert, die keine der vier Konvergenzkriterien erfüllt:

- Die spanische Inflationsrate liegt bei 4,7% gegenüber der maximal zulässigen Grenze von 3,5%;
- das Haushaltsdefizit von 62,7% des Bruttoinlandsprodukts hat den zulässigen Wert von 60% überschritten;
- die jährliche Neuverschuldung liegt mit 6,7% des Bruttoinlandsprodukts stark über dem Konvergenzlimit von 3%;
- der nominelle langfristige Zinssatz von 9,9% überstieg den Wert von 9,5%, der für die EU als zulässig festgelegt wurde.

Die schlechten ökonomische Indikatoren haben jedoch die optimistischen Europagedanken der spanischen Regierung nicht vermindert. Der spanische Konvergenzplan, verabschiedet vom Ecofin-Rat am 10. Oktober 1994, beharrt auf der Reduktion des Haushaltsdefizits. Angesichts von Zweifeln im Hinblick auf seine Wirksamkeit behauptete der spanische Wirtschaftsminister Pedro Solbes: „... es handelt sich um einen kohärenten, ausgeglichen und realistischen Plan, der es zulassen wird, in der ersten Geschwindigkeit in der WWU 1997 zu sein.“⁶ Im Laufe des letzten Jahres hat sich die Angst, aus der WWU herauszufallen, mit anderen Problemwahrnehmungen vermischt. Beispiele hierfür sind die Ablehnung des im September 1994 bekanntgegebenen CDU/CSU-Strategiepapiers (Schäuble/Lamers-Papier), das ein Europa der variablen Geometrie offiziell vorgeschlagen hat oder etwa die Weigerung der spanischen Regierung, Konvergenzkriterien, wie Arbeitslosigkeit oder Gleichgewichtsstörungen in der Handelsbilanz, auf die Tagesordnung des Gipfels 1996 zu setzen. Der 'Währungsturm' im EWS während der ersten Wochen 1995 bedeutete für Spanien die Abwertung der Peseta um 7%. Entschieden wurde dies auf einer Krisensitzung des Währungskomitees, mit dem Ziel, einen größeren Handlungsspielraum für die Kontrolle des Haushaltsdefizits zu erlangen. Es handelt sich um die vierte Abwertung in drei Jahren, wodurch die Peseta insgesamt 31% ihres Wertes gegenüber der DM verloren hat. Diese letzte Abwertung verhindert den Zugang der spanischen Landeswährung zu der dritten Stufe der WWU, falls diese 1997 realisiert werden kann. Dieses Datum liegt nicht im Kalkül der spanischen Regierung, wenn man Berichten in der Presse Glauben schenkt, wonach die Existenz eines Paktes zwischen González und seinem deutschen und französischen Amtskollegen behauptet wird, in

welchem das erwähnte Datum als unrealistisch bezeichnet wird, selbst wenn sich die Voraussetzungen in bezug auf die Mindestzahl der Mitgliedsländer ergeben würden, um die dritte Stufe zu initiieren⁷. Die Abwertung der spanischen Peseta läßt dem Land dennoch die politische Option, im Rahmen der Teilnahme am EWS⁸ am europäischen Aufbauwerk weiter teilzunehmen. Die Drohung einer Ausgrenzung der Peseta liegt aber weiterhin in der Luft. Das Thema beherrschte die Debatten im ganzen Land.

Spanische Interessen in Brüssel

Das Jahr 1994 war durch zahlreiche Ereignisse, die einen politischen Wechsel in Brüssel ergaben, geprägt. Zur Europawahl summierten sich die Nachfolge von Jacques Delors an der Spitze der Kommission, die Wahl eines neuen Generalsekretärs der WEU und die Wahl eines Bürgerbeauftragten (Ombudsmann). Bei jedem der drei Ereignisse ist die Hauptrolle eines Spaniers erwähnenswert. Bezüglich der Nachfolge von Jacques Delors hatte Spanien auf den Holländer Ruud Lubbers gesetzt, ohne dabei jedoch dem französischen und deutschen Kandidaten aus Belgien, Dehaene, Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Der Mißerfolg bei dem Gipfel auf Korfu, der ohne die Wahl eines Nachfolgers für Delors sein Ende fand, gab Anlaß zu Spekulationen für eine mögliche Kandidatur von Felipe González. Die Nennung dieses Namens auf europäischer Ebene entfesselte im nationalen Kontext einen Sturm, in dem 'die Flucht' von González nach Brüssel aufgrund der Verschärfung der Meinungsunterschiede zwischen den Sozialisten sowie der Rückzug der parlamentarischen Unterstützung der Katalanen und Basken für den Nachfolger von González', als das Ende einer Epoche interpretiert wurden. Die Wahl von Jacques Santer zum Präsidenten der Europäischen Kommission verstärkte den Einfluß der Spanier in der Kommission, denn die zwei spanischen Kommissare sehen dadurch ihren Einfluß vergrößert. Manuel Marin hat zu seiner bisherigen politischen Verantwortung die ökonomische Kompetenz über das Mittelmeer, den Nahen Osten und Lateinamerika hinzu bekommen. Marcelino Oreja hat seinerseits das spanische Ministeramt für Energie und Verkehr verlassen, um in der Kommission die Bereiche Information, Beziehungen zum Europäischen Parlament und institutionelle Reformen zu übernehmen. Dieser letzte Aspekt ist aufgrund der Regierungskonferenz 1996 von herausragender Bedeutung. Die Kandidatur des ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments, Enrique Barón, für das Amt des Generalsekretärs der WEU, wurde aufgrund der Kandidatur des Portugiesen José Cutileiro, die auf besondere Art und Weise von Großbritannien unterstützt wurde, zurückgezogen. Was die Wahl des Bürgerbeauftragten betraf, so kann die Bekanntgabe der Kandidatur des damaligen Ombudsmanns Spaniens, Alvaro Gil Robles, betont werden. Aufgrund des permanenten Scheiterns des Europäischen Parlaments, diesen Prozeß voranzutreiben, verlor der spanische Kandidat jedoch im Laufe der Zeit immer mehr die Chance, diese Position auszufüllen. Einen Ausgleich hierzu erfuhren die Spanier

jedoch auf dem Gipfel in Korfu, als die 12 Mitgliedstaaten zustimmten, daß ein Spanier die Reflexionsgruppe, verantwortlich für die Vorbereitung der Revision des Maastrichter Vertrages, als Präsident leiten sollte (Ablösungspräsidentschaft). Für die Ausübung dieses Amtes ist im Januar 1995 der Staatssekretär der EU, Carlos Westendorp, ernannt worden.

Die Präsidentschafts-Vorbereitung

Die zweite spanische Präsidentschaft hat sich zu einem internen politischen Thema entwickelt. Obwohl die Regierung von Ministerpräsident González ihre Präsidentschaft 1989 durch die Hauptrolle Spaniens gegenüber Europa als einen Antrieb des Europagedankens erlebte, stellt sich demgegenüber die anstehende Präsidentschaft 1995 eher wie ein Rettungsring für die spanische Regierung dar. Die Regierung interpretiert die Präsidentschaft als einen Prestigefaktor, um ihre innenpolitische Schwäche auszugleichen. In diesem Zusammenhang muß auch erwähnt werden, daß Spanien auf die Führung der Schengengruppe während des zweiten Halbjahres 1995 verzichtet hat. Diese Haltung steht im Widerspruch zu der internationalen Hyperaktivität, die Spanien zwischen 1989 und 1992 gezeigt hat. Die Präsidentschaft selbst ist zu einem zusätzlichen Thema der spanischen Innenpolitik geworden. Darüber hinaus haben die Chefs der zwei führenden politischen Oppositionsparteien (Partido Popular und Izquierda Unida) erneut auf die Unfähigkeit von Felipe González hingewiesen, die EU zu präsidieren. Aufgrund des Fortschritts der Opposition, den Prestigeverlust der Regierung González' voranzutreiben, bedeutet die Präsidentschaft in der Union für die Sozialisten neben der Hoffnung auf eine Verbesserung der allgemeinen ökonomischen Lage die einzige Möglichkeit zur Verbesserung der Wahlergebnisse bei den nächsten Parlamentswahlen, die die Gefahr eines überwältigenden Sieges für die Oppositionspartei Partido Popular in sich birgt.

Anfang März 1995 erklärte der Außenminister, Javier Solana, gegenüber dem spanischen Parlament die Hauptziele der Präsidentschaft:

- Neue Initiativen auf den Gebieten des ökonomischen Wachstums und der Beschäftigung;
- Vorbereitung der nächsten Regierungskonferenz 1996;
- Entwicklung einer neuen Strategie für das Mittelmeer, bezogen auf die euro-mediterrane Konferenz im Barcelona vom 27. bis 28. November 1995;
- Verstärkung der südamerikanischen Beziehungen;
- Initiativen im Bereich der Verteidigungspolitik⁹.

Was die Verteidigungspolitik betrifft, so hat der spanische Außenminister gelegentlich daran erinnert, daß Spanien gleichzeitig die EU und die WEU präsidieren wird und erläuterte dazu „... es wird eine einmalige Gelegenheit sein, um für eine größere Annäherung zwischen beiden Organisationen zu arbeiten“¹⁰. Dabei muß die WEU im Rahmen der spanischen Präsidentschaft das Weißbuch zur Verteidigungspolitik annehmen und ihre eigene Haltung im Rahmen der Regie-

rungskonferenz 1996 klären. Darüber hinaus sind Informationen durchgesickert, daß sich Spanien während der Präsidentschaft mit der Absicht trägt, eine Aktualisierung der Transatlantischen Deklaration von 1990 vorzuschlagen. Auch wurde über die Möglichkeit eines EU-ASEAN-Gipfels gesprochen¹¹.

Obwohl Spanien 1989 an einer mediterranen Troika beteiligt war, ist die spanische Präsidentschaft 1995 dem Tempo des französisch-deutschen Motors gefolgt. Das Land hat versucht sich der von Frankreich und Deutschland entwickelten Koordination für deren Präsidentschaften anzuschließen.

Auf dem Gipfel in Essen wurde die spanische Initiative, eine euro-mediterrane Konferenz während seiner Präsidentschaft zu organisieren, durch französischen Druck unterstützt. Bis zu einem gewissen Grad kann man von einer bescheidenen Neuauflage des Projektes Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum (KSZM) sprechen, das von den Diplomaten Spaniens und Italiens 1990 aufgebracht worden war. Die Vorbereitungen für diese Konferenz übernehmen Frankreich und Spanien.

Vertragsrevision 1996

Am 3. März 1995 überreichte Außenminister Solana ein umfangreiches Dokument, das von seinem Ministerium unter dem Titel „Regierungskonferenz 1996 – Reflexionsbasis“¹² erstellt wurde. Dieser Text beinhaltet eine Serie von Reflexionsthemen. Hiermit wurde Spanien das erste Land, das seine Sorgen und Haltungen gegenüber der Regierungskonferenz 1996 bereits schriftlich festhielt. Die folgenden Positionen sind erwähnenswert:

- Die Forderung nach einer Abwägung der Stimmen im Rat wird mit der demokratischen Legitimität der Einwohnerzahl in eine enge Verbindung gebracht. Unter diesem Aspekt wird ein Vorschlag für eine Union der Zukunft gemacht, in der die Länder mit einer größeren Bevölkerung (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Polen und Spanien) über 10 Stimmen verfügen könnten. Man schneidet damit das Thema der zukünftigen Mitgliedschaft der ‘Mikro-Staaten’ wie Zypern und Malta an.
- Die Zurückweisung der Einführung neuer Konvergenzkriterien, um in die dritte Stufe der WWU zu gelangen.
- Der Wille, die Verteidigung als Bestandteil der Union zu verwirklichen, mit der Errichtung eines entsprechenden kollektiven Verteidigungssystems und den gegenseitigen Sicherheitsgarantien, wie man sie im Rahmen der NATO verwirklicht hat. In diesem Punkt verweist das spanische Dokument auf die Höhe der finanziellen Kosten, die eine solche Realisierung beinhalten würde.
- Es wird das Interesse bekundet, im Rahmen der Erweiterung um die jungen Demokratien des Ostens und angesichts der Existenz nationaler Minoritätenprobleme, eine Charta für Grund- und Freiheitsrechte auszuarbeiten, die von dem Gerichtshof in Luxemburg und den nationalen Gerichten gesetzlich geschützt werden soll.

- Die Verteidigung einer Einstimmigkeitsregel in bestimmten Bereichen, wie Umwelt, Sozialpolitik und direkte Steuern.
- Und schließlich zwei Themen, die für Spanien von großer Bedeutung sind: die explizite Definition des Subsidiaritätsprinzips und die Erörterung der finanziellen Aspekte der Erweiterung der Union nach Osten.

Spanien hat im Vorfeld der Präsidentschaft verkündet, einen außerplanmäßigen Gipfel der 15 Mitgliedstaaten im September auf Mallorca einzuberufen, um besonders das Thema der Revision des Maastrichter Vertrages zu behandeln. Die innenpolitischen Instabilitäten sind jedoch die große Unbekannte im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit der spanischen Präsidentschaft.

Anmerkungen

Übersetzt aus dem Spanischen von Luisa Morillas Perez, freie Übersetzerin, Bonn.

- 1 „Un año para olvidar“, in: Jahrbuch El País 1995, Madrid 1995, S. 2.
- 2 Die Europa-Wahl am 12. 6. 1994 bedeutete harte Einbußen für die PSOE, die nur 31% der Stimmen erhielt, gegenüber 40,2% 1989. Die Konservativen (el Partido Popular) und die Kommunisten (la Izquierda Unida) sind die großen Gewinner.
- 3 Die PSOE verlor die absolute Mehrheit, die sie seit 1982 vorweisen konnte, durch die Parlamentswahlen, die am 6. Juni abgehalten wurden.
- 4 Interview mit Carlos Westendorp: „Me siento más cerca de México que de Noruega“, in: El País v. 3. 4. 1994, S. 13.
- 5 Vgl. Diez Hochleitner, J.: „La flota española entra en la Europa azul“, in: Meridiano CERI 2 (1995), S. 14–20.
- 6 „Solbes promete a la UE hacer nuevos ajustes si el gasto público se desvía“, in: La

Vanguardia v. 11. 10. 1994, S. 65.

- 7 Vgl. „Kohl, Mitterrand y González han pactado en secreto no adoptar la moneda única en 1997“, in: El País v. 29. 5. 1994.
- 8 Vgl. hierzu Institut Affari Internazionali: Revision of Maastricht: Implementation and Proposals for Reform. A Survey of National Views, Sommer/Herbst 1994.
- 9 „UE/Espagne: L'emploi sera la priorité de la présidence espagnole (qui presidera en meme temps le Conseil de l'UEO)“, in: Agence Europe v. 4. 3. 1994, S. 2.
- 10 Solana Madariaga, Javier: „España y el orden internacional“, in: Anuario El País 1995, Madrid 1995, S. 104.
- 11 „UE/presidence espagnole: L'Espagne proposera une actualisation de la Declaration Transatlantique – Sommet avec l'ASEAN en 1995 ou 1996?“, in: Agence Europe v. 25. 1. 1995, S. 4.
- 12 Eine Zusammenfassung des Textes in: Agence Europe v. 11. 3. 1995, S. 4–6.

Weiterführende Literatur

Diez Hochleitner, J.: La flota española entra en la Europa azul, Meridiano CERI 2 (1995), S. 14–20.

Grasa, R. (Hrsg.): Revista CIDOB d'Afers Internacionals, Numero monografico sobre politica exterior española 26 (1994).

Institut Affari Internazionali: Revision of Maastricht: Implementation and Proposals for Reform. A Survey of National Views, Verona-oto 1994.

Story, J./Gillespie, R. (Hrsg.): Democratic Spain and International Context, Londres 1995.